

# **DIE LINKE** ZUVERLÄSSIG SOZIAL !

Viele denken bei politischen Entscheidungen vor allem an den Bundestag oder Landtag und sehen oft nicht, welchen Einfluss ein Stadtparlament oder Kreistag und bei uns auch die Regionalversammlung auf ihre Lebensverhältnisse hat. Wir, DIE LINKE, setzen uns für soziale Gerechtigkeit ein und wissen, dass dies nur erfolgreich sein kann wenn wir auch im Stadtrat, im Kreistag und in der Regionalversammlung vertreten sind.

## **Zunehmende Armut in einem reichen Kreis**

Armut hat viele Gesichter im Kreis Ludwigsburg: Kinderarmut, Altersarmut, Armut durch/trotz Arbeit, Armut durch Arbeitslosigkeit, Armut durch staatliche Sozialsysteme (Hartz IV). Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen von 2000 bis 2006 um 1,41% zunahm, sank im gleichen Zeitraum die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um 5%. Hier wird deutlich, dass immer mehr Menschen von Billigjobs leben müssen. Ein Arbeitsplatz schützt heute nicht mehr vor Armut und sozialem Abstieg. Auch Städte und Gemeinden im Kreis Ludwigsburg nutzen Dienstleistungen von Arbeitslosen (aus) und entlohnen sie nicht angemessen. Deshalb fordert DIE LINKE von den Kommunen:

- die Umwandlung von 1-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse!
- ein Sozialticket für Bedürftige, d.h. die kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und Einrichtungen im Kreis!

## **Gute Arbeit, gute Bezahlung**

Die Gemeinden und der Landkreis sind als Gemeinwesen ihren Bürgern verpflichtet. Sie sollen sich nicht am Lohndumping der sogenannten freien Wirtschaft beteiligen. Deshalb fordert DIE LINKE:

- öffentliche Aufträge nur an Firmen und Dienstleister zu vergeben, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen.
- Vorrang für regionale Anbieter bei der Auftragsvergabe.
- Förderung regionaler Vermarktungsstrukturen bei Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung ebenso wie die Förderung und Verwendung erneuerbarer Energieträger in Dienstleistung, Gewerbe und Landwirtschaft.
- Öffentliche Investitionen in Arbeitsplätze
- Neoliberale Auswüchse im Kreis und den Gemeinden zurückdrängen.
- Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht privatisiert werden.
- die Rückführung, der Kliniken und der Abfallwirtschaft in Eigenregie-Betriebe.

## **Kinderschutz – für die Zukunft unserer Kinder**

Soziale Verunsicherung und Armut führen häufig zu Isolation, vermehrter Gewalt, eskalierenden Konflikten und Überforderung in Familien. Rechtzeitige Hilfe kann hier schwere Schädigungen vermeiden, Familien erhalten. Deshalb fordert DIE LINKE:

- die Einrichtung eines Kinderschutzdienstes durch den Landkreis, um auf Gefährdungen schnell und angemessen reagieren zu können.
- Beim Jugendamt muß ein Dienst für aufsuchende Familienberatung geschaffen werden, welcher Familien bei der Lösung von Konflikten unterstützt.

## **Bildung und Qualifikation für Alle!**

Die Attraktivität einer Gemeinde hängt auch von der Wohnortnähe ihrer Bildungsangebote ab. Kindergärten und Schulen müssen im Lebensumfeld einer Familie liegen. Kinder sollen in ihren Wohnorten zur Schule gehen können.

- Gleichwertige Ausstattung aller Schulen, unabhängig von der Sozialstruktur der Schulbezirke.
- Alle Schulabgänger müssen die Möglichkeit zum Erwerb beruflicher Qualifikationen erhalten.
- Gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche.
- Schulsozialarbeit an allen Schulen des Kreises.

## **Kommunalwahlrecht für alle BürgerInnen fördert Integration!**

Zur kommunalen Demokratie gehört, dass alle hier lebenden Menschen die gleichen sozialen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben. Bürgerinnen und Bürger aus der Europäischen Union haben inzwischen zumindest das kommunale Wahlrecht. Das ist gut. Vom Wahlrecht nach wie vor ausgeschlossen sind Menschen, die hier seit Jahren ihren Lebensmittelpunkt haben, hier arbeiten und Steuern bezahlen, jedoch keinen deutschen oder EU-Pass besitzen. Das ist undemokratisch und erschwert Integration. Wirkliche Integration kann ohne grundlegende Bürgerrechte wie das Wahlrecht nicht gelingen.

Es ist ein Widerspruch, dass ein Kind in Deutschland in der Schule lernt, was Grundgesetz und Parteien sind – und daheim erfahren muss, dass Eltern und Großeltern vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

➤ Deshalb fordert DIE LINKE das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger.

## **Ökologie und Umwelt – Gesunde Umwelt und Ernährung für Alle**

DIE LINKE fordert

- die Förderung und Verwendung erneuerbarer Energien
- eine Stadtplanung nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten
- die Einrichtung eines Solarflächenkatasters für öffentliche Dachflächen
- die Förderung kommunaler Energieproduktion und Energieverteilung
- Investitionen in erneuerbare Energien und dezentrale Versorgungssysteme wie Blockheizkraftwerke
- die Bearbeitung öffentlicher Grünflächen nach Prinzipien des ökologischen Landbaus
- den herbizidfreien Erhalt von Ackerrandstreifen.

## **Verkehr**

Mensch und Natur befinden sich im Kreis Ludwigsburg an der Grenze der Belastbarkeit durch die negativen Folgen des Individualverkehrs. Flächenversiegelung, Feinstaubbelastung, CO<sub>2</sub>-Ausstoß, unerträglicher Lärm an den Verkehrsadern und ein deutlicher Rückgang der Mobilität verlangen nach einem zukunftsweisenden öffentlichen Verkehrskonzept jenseits des Individualverkehrs.

DIE LINKE lehnt Prestige-Projekte wie Stuttgart 21 ab. Hier werden von 2008 bis 2013 jährlich 1,85 Mio. Euro verschleudert, mit denen sich der Landkreis beteiligen muss ab.

Wir fordern ein Gesamtkonzept zur Integration aller Schienenstrecken in einen Verkehrsverbund, welcher die Verbünde Heilbronn, Enzkreis und Reutlingen integriert. Wir wollen:

- die Verlängerung der S-Bahn nach Kirchheim, Vaihingen/Enz
- die Reaktivierung der Bahnstrecken Markgröningen, Vaihingen/Enz und Bottwartal
- Anbindung der Strecke Weissach – Korntal ans Stadtbahnnetz
- die Kapazitätsverbesserung im Schülerverkehr
- die Einrichtung einer kommunalen Mitfahrzentrale
- Pflege, Ausbau und Vernetzung der Radwege mit angrenzenden Kreisen.

## **Gerechtere Verteilung der Lasten**

DIE LINKE fordert eine deutliche Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Wir brauchen finanziell handlungsfähige Gemeinden und Kreise zur Bewältigung ihrer Aufgaben. Die steuerliche Entlastung unserer mehr als wohlhabenden Mitbürger und Unternehmen ging auch zu Lasten der Gemeindefinanzen. Damit muss Schluss sein!

- Der Anteil des Steueraufkommens für die Länder ist zu erhöhen.
- Die Zuschüsse des Landes für die Kommunen zur Finanzierung der Kindertagesstätten, Schulen und Infrastruktur sind zu verdoppeln.

ViSdP: DIE LINKE Kreisverband Ludwigsburg  
Hans-Jürgen Kemmerle Tel. 07141 / 57320  
Email: Kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de  
www.die-linke-ludwigsburg.de